

Art. 5. Met het oog op de uitoefening van zijn opdracht kan de raad op zijn vergaderingen alle personen uitnodigen die hij nodig acht; deze wonen de vergadering met raadgevende stem bij.

HOOFDSTUK 4. — *Werkwijze*

Art. 6. De raad stelt een huishoudelijk reglement op dat hij aan de Regering ter goedkeuring voorlegt.

Art. 7. Binnen de perken van de te dien einde in de begroting van de Duitstalige Gemeenschap ter beschikking gestelde kredieten krijgt de raad een werkingstoelage.

Art. 8. De raadsleden alsmede de personen die met toepassing van artikel 5 de vergaderingen bijwonen, verkrijgen presentiegelden en reiskostenvergoedingen onder de door de Regering vastgelegde voorwaarden. Dit geldt voor ten hoogste 18 vergaderingen per jaar. De reiskostenvergoeding wordt echter niet toegekend, als de op één dag afgelegde afstand niet ten minste 5 km bedraagt.

Art. 9. De beslissingen van de raad worden genomen bij meerderheid van stemmen, uitgebracht door de aanwezige leden. De raad kan rechtsgeldig beraadslagen, indien ten minste de helft van zijn leden aanwezig zijn. Om een advies te kunnen uitbrengen, moeten echter twee derden van de leden aanwezig zijn.

Alle modaliteiten van de procedure worden in het huishoudelijk reglement bepaald.

Art. 10. Op het einde van elk kalenderjaar stelt de raad, voor de Minister bevoegd inzake Volwassenenvorming, een algemeen verslag op over zijn werkzaamheden van het afgelopen jaar.

HOOFDSTUK 5. — *Opheffingsbepalingen en inwerkingtreding*

Art. 11. Het koninklijk besluit van 9 juni 1981 houdende oprichting van een Raad voor Volksopleiding en Volwassenenvorming in de Duitstalige Gemeenschap wordt opgeheven.

Art. 12. Dit besluit treedt in werking de dag waarop het wordt ondertekend.

Art. 13. De Minister bevoegd inzake Volwassenenvorming wordt belast met de uitvoering van voorliggend besluit.

Eupen, 17 december 2009.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Cultuur, Media en Toerisme,
Mevr. I. WEYKMANS

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2010 — 1365

[2010/201928]

17. DEZEMBER 2009 — Erlass der Regierung zur Festlegung der Eigenbeteiligung in den Einrichtungen und Diensten der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle für Personen mit einer Behinderung, insbesondere Artikel 32, abgeändert durch das Dekret vom 4. Februar 2003;

In Erwägung des Erlasses der Regierung vom 21. Februar 1996 zur Festlegung der Eigenbeteiligung in den Einrichtungen und Diensten der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung, abgeändert durch die Erlasse vom 5. Juni 1998, vom 10. Oktober 2002, vom 28. März 2003 und vom 23. Dezember 2004;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 16. Dezember 2009;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt vom 14. Dezember 2009;

In Erwägung des Gutachtens des Verwaltungsrates der Dienststelle für Personen mit einer Behinderung vom 27. November 2009;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere Artikel 3, § 1 ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass es erforderlich ist auf Grund der gekürzten Dotation der Dienststelle ab dem Jahr 2010 auch eine Anpassung der gesamten Eigenbeteiligungen vorzunehmen;

In der Erwägung, dass der Erlass vom 21. Februar 1996 bereits einige Male angepasst wurde, die Beträge ab dem 1. Januar 2002 in Euro dargestellt werden müssen, die Basis des Gesundheitsindex im Jahr 2004 auf 100 gebracht wurde und deshalb mit vorliegendem Erlass über eine rechtsgültige Bezuschussungsgrundlage ab dem 1. Januar 2010 bestehen wird, duldet das Inkrafttreten vorliegenden Erlasses keinen Aufschub mehr;

Auf Vorschlag des für Familie, Gesundheit und Soziales zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Für die Anwendung vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: Dekret vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung;

2. Dienststelle: Die durch das Dekret geschaffene Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung;

3. Frühhilfe: die durch einen durch die Dienststelle anerkannten Dienst in Anwendung von Artikel 4 § 1 4. des Dekretes angebotenen Dienstleistungen;

4. Wohnheim: Die in Anwendung des Königlichen Erlasses vom 23. Dezember 1970 über die Anerkennungsbedingungen für Wohnheime und Dienste zur Unterbringungen in Familien von Menschen mit einer Behinderung anerkannten Einrichtungen;

5. Wohnressource: Die in Anwendung des Erlasses der Regierung vom 13. Juli 2006 über die Aufnahme von Personen mit einer Behinderung in Wohnressourcen anerkannte natürliche Person;

6. Tagesstätte: Die in Anwendung des Erlasses der Regierung vom 12. Dezember 1997 über die Organisation und den Zuschuss für Tagesstätten für Personen mit einer Behinderung anerkannte Einrichtung;

7. Kurzaufenthalt: Ein durch die Dienststelle vermitteltes Entlastungsangebot für die Familie oder andere Betreuende von Personen mit einer Behinderung;

8. Internat: eine als solche durch die Dienststelle anerkannte Einrichtung;

9. Come Back: Projekt für neurologisch geschädigte Personen in der Trägerschaft der Behindertenstätten Eupen;

10. Trainingswohnung und Wohngemeinschaft: Dienstleistungsangebot der Dienststelle für Personen mit einer Behinderung im Bereich Wohnen;

11. Ausbildungspraktikum: Ein in Anwendung des Erlasses der Regierung vom 28. November 1995 über Praktika zur beruflichen Rehabilitation von Personen mit Behinderung durch die Dienststelle genehmigtes Praktikum;

12. Alten- und Pflegewohnheim: Die in Artikel 2 § 1 1. des Dekretes vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren und über die psychiatrischen Pflegewohnheime definierten Einrichtungen;

13. Kind: eine gemäß dem Zivilgesetzbuch minderjährige Person.

Art. 2 - § 1. Die Eigenbeteiligung der Person, die die durch die Dienststelle gewährten Dienstleistungen durch anerkannte Einrichtungen, Dienste oder Hilfen in Anspruch nimmt, wird gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Erlasses berechnet. Die betroffene Person unterzeichnet vor Inanspruchnahme einer Dienstleistung einen Vertrag, der die Eigenbeteiligung entsprechend vorliegendem Erlass vorsieht.

Wenn eine Zahlungsverpflichtung von Dritten für die Behinderung besteht, findet zuerst die in § 2 vorgesehene Regelung Anwendung.

§ 2. Wenn eine Zahlungsverpflichtung von Dritten für die Behinderung besteht, sind die gesamten von der Dienststelle berechneten tatsächlichen Kosten der Dienstleistungen zu Lasten der betreuten Person. Die von der öffentlichen Hand bewilligten Zulagen und Vergünstigungen sowie Auszahlungen für moralische Wiedergutmachungen werden hierbei nicht berücksichtigt.

Diese Regelung ist begrenzt auf den Gesamtbetrag der geschuldeten Zahlungen, nach Abzug der Beträge, die für die durch die oder aufgrund der Schädigung eingetretene Beeinträchtigung entstandenen annehmbaren und belegten Kosten verwendet wurden beziehungsweise werden.

Wenn die geschuldeten Beträge vor Beginn bzw. vor Abschluss der Dienstleistungen ausbezahlt wurden bzw. werden, werden die gemäß dieser Regelung berechneten tatsächlichen Kosten der betreuten Person unmittelbar in Rechnung gestellt. Bei späterer Auszahlung erfolgt die Regularisierung rückwirkend zum Beginn der Inanspruchnahme der Dienstleistungen. In diesem Fall kann die Dienststelle die ihr geschuldeten Beträge mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln einfordern.

§ 3. Die Dienststelle für Personen mit Behinderung kann sich für die Einforderung der geschuldeten Beträge direkt an die betroffene Person wenden.

§ 4. Der von der Dienststelle gewährte Zuschuss an den Dienstleistungserbringer wird um den Betrag der in den §§ 1 und 2 erwähnten Eigenbeteiligung, welcher der Einrichtung oder dem Dienst zu zahlen ist, vermindert.

Art. 3 - Die Eigenbeteiligung für die Dienstleistungen der Frühhilfe beträgt für die Abklärung während maximal 6 Sitzungen eine Pauschale von insgesamt 20,00 € und für jede nachfolgende Förder-, Begleit- und/oder Beratungssitzung 2,00 € pro Sitzung.

Art. 4 - § 1. Für den Verbleib in einem Wohnheim, einer einfachen, erweiterten oder externen Wohnressource, im Kurzaufenthalt oder einem Internat beträgt die Eigenbeteiligung eines Kindes oder Jugendlichen unter 21 Jahren zwei Drittel der für diese Person gewährten normalen Kinderzulagen zuzüglich des altersbedingten Zuschlags und des Zuschlags wegen einer Behinderung. Für die Berechnung der normalen Kinderzulagen werden weder das Familienurlaubsgeld, noch die zu Beginn des Schuljahres gewährten Kinderzulagen berücksichtigt.

§ 2. Unbeschadet der Anwendung von Artikel 2 § 2 Absatz 1 darf die in § 1 festgelegte Eigenbeteiligung für eine Waise, ein Kind eines invaliden Arbeitnehmers oder ein Kind eines Arbeitslosen nicht höher liegen, als die eines Kindes, das nicht zu einer dieser Kategorien gehört.

Art. 5 - Für die Betreuung in einer Tagesstätte und durch den Dienst Come Back beträgt die Eigenbeteiligung für eine Person unter 21 Jahren pro Anwesenheitstag 4,91 €.

Die Eigenbeteiligung für eine Person ab 21 Jahren beträgt 11,45 €. Dieser Betrag enthält einen Anteil für das Mittagessen und den Transport von 1,64 € bzw. 2,62 €. Wenn diese Kosten aus eigenen Mitteln bestritten werden, was das individuelle Betreuungsprojekt zulassen muss, wird die Eigenbeteiligung um den jeweiligen Betrag vermindert.

Die Eigenbeteiligung entfällt, wenn eine Person von einer Tagesstätte in ein Ausbildungspraktikum orientiert wird. Insofern Dienste der Tagesstätte dennoch genutzt werden, können ausschließlich die dafür vorgesehenen Beträge als Eigenbeteiligung gefordert werden.

Art. 6 - § 1. Für den Verbleib in einem Wohnheim und/oder im Kurzaufenthalt beträgt die Eigenbeteiligung eines Nutznießers ab 21 Jahren bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres 37,76 € pro Anwesenheitstag und 47,92 € ab dem 61. Geburtstag.

§ 2. Für den Verbleib in einer einfachen oder erweiterten Wohnressource und/oder im Kurzaufenthalt beträgt die Eigenbeteiligung eines Nutznießers ab 21 Jahren 30,75 €.

§ 3. Die in § 1 und § 2 festgelegte Eigenbeteiligung enthält einen Anteil für Kleidung von 1,96 €, für Hygiene und Haarpflege von 0,33 € und für die selbstständige Freizeitgestaltung von 0,98 €. Wenn diese Kosten aus eigenen Mitteln bestritten werden, was das individuelle Betreuungsprojekt zulassen muss, wird die in § 1 und § 2 festgelegte Eigenbeteiligung um den jeweiligen Betrag vermindert.

§ 4. Für die Begleitung durch eine externe Wohnressource werden folgende Eigenbeteiligungen für den Nutznießer ab 21 Jahren entsprechend der Begleitung wie folgt eingefordert :

1. Morgenpaket (Morningpack): 1,65 €
2. Nachmittagspaket (Afternoonpack): 1,65 €
3. Nachmittags Spezialpaket (Afternoon Special Pack): 2,75 €
4. Volltagpaket (Full Day Pack): 4,41 €
5. Rund-um-die-Uhr-Paket (Around the clock Pack): 5,52 €

§ 5. Der behinderten Person ab 21 Jahren muss ein Betrag von mindestens 176,76 € pro Monat als Taschengeld zur Verfügung stehen. Dieser Betrag wird gegebenenfalls um die in § 3 erwähnten Anteile erhöht.

Für die behinderte Person unter 21 Jahren gilt ein Drittel der in Artikel 4 erwähnten Kinderzulagen als Taschengeld.

Art. 7 - Für die Beanspruchung einer Trainingswohnung oder einer Wohngemeinschaft zahlt der Teilnehmer eine Eigenbeteiligung in Höhe von mindestens 225,00 € pro Monat.

Der Eigenbeteiligungsbetrag wird individuell in einem Vertrag zwischen dem Teilnehmer und der Dienststelle festgelegt und berücksichtigt die realen anfallenden Kosten.

Art. 8 - Wenn eine Person, die in einem Wohnheim lebt und/oder einen Kurzaufenthalt nutzt und gleichzeitig eine Tagesstätte besucht, ist die gemäß Artikel 6 berechnete Eigenbeteiligung an das Wohnheim und/oder den Kurzaufenthalt zu zahlen. Das Wohnheim und/oder der Kurzaufenthalt entrichtet 4,58 € pro Anwesenheitstag an die Tagesstätte.

Art. 9 - Wenn eine Person, die in einer Wohnressource oder einem Alten- und Pflegewohnheim lebt, gleichzeitig eine Tagesstätte besucht entfällt die in Artikel 5 aufgeführte Eigenbeteiligung an die Tagesstätte.

Art. 10 - Wenn die in den Artikeln 5, 6 §§ 1, 2, 3, 5 und 8 aufgeführten Leistungen zu mehr als 5 Stunden in Anspruch genommen werden, ist die in diesen Artikeln aufgeführte Eigenbeteiligung vollständig geschuldet. Werden diese Leistungen zu maximal 5 Stunden genutzt und beinhalten eine Mahlzeit, so werden die in den Artikeln 5, 6 §§ 1, 2, 3, 5 und 8 aufgeführten Eigenbeteiligungen halbiert.

Art. 11 - Alle im vorliegenden Erlass erwähnten Beträge werden in Anwendung des Gesetzes vom 1. März 1977 zur Festlegung des Verfahrens zur Bindung gewisser öffentlicher Ausgaben an den Gesundheitsindex des Königreiches indiziert.

Der Angelindex basiert auf den Gesundheitsindex mit Basis 2004 = 100.

Die im vorliegenden Erlass erwähnten Beträge entsprechen dem Wert des Angelindex von 110,51 am 1. Oktober 2008.

Art. 12 - Der Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 21. Februar 1996 zur Festlegung der Eigenbeteiligung in den Einrichtungen und Diensten der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung abgeändert durch die Erlasse vom 5. Juni 1998, vom 10. Oktober 2002, vom 28. März 2003 und vom 23. Dezember 2004, ist aufgehoben.

Art. 13 - Vorliegender Erlass tritt zum 1. Januar 2010 in Kraft.

Art. 14 - Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 17. Dezember 2009

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Minister-Präsident, Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
H. MOLLERS

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2010 — 1365

[2010/201928]

17 DECEMBRE 2009. — Arrêté du Gouvernement fixant la participation personnelle dans les établissements et services de la Communauté germanophone pour personnes handicapées

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 19 juin 1990 portant création d'un "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung" (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées), notamment l'article 32, modifié par le décret du 4 février 2003;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 21 février 1996 fixant la participation personnelle dans les établissements et services de la Communauté germanophone pour handicapés, modifié par les arrêtés des 5 juin 1998, 10 octobre 2002, 28 mars 2003 et 23 décembre 2004;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 16 décembre 2009;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné 14 décembre 2009;

Vu l'avis émis le 27 novembre 2009 par le Conseil d'administration de l'Office pour les personnes handicapées;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1^{er}, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996;

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait qu'il est indispensable d'adapter toutes les participations personnelles étant donné que la dotation de l'Office sera réduite à partir de 2010;

Considérant que l'adoption du présent arrêté ne souffre aucun délai étant donné que l'arrêté du 21 février 1996 a déjà été adapté plusieurs fois, que les montants doivent être exprimés en euros à partir du 1^{er} janvier 2002, que la base de l'indice santé a été ramenée à 100 en 2004 et que le présent arrêté offre une base légale de subventionnement à partir du 1^{er} janvier 2010;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière de Famille, de Santé et d'Affaires sociales;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. Pour l'application du présent arrêté, l'on entend par :

1^o décret : le décret du 19 juin 1990 portant création d'un "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung";

2^o Office : l'Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées, créé par le décret;

3^o aide précoce : les services proposés en application de l'article 4, § 1^{er}, 4^o du décret par un service agréé par l'Office;

4^o home : les établissements agréés en application de l'arrêté royal du 23 décembre 1970 fixant les conditions d'agrégation des établissements, des homes et des services de placements familiaux pour handicapés;

5^o ressource en logements : la personne physique agréée en application de l'arrêté du Gouvernement du 13 juillet 2006 relatif au placement de personnes handicapées dans des ressources en logements;

6^o centre de jour : l'établissement agréé en application de l'arrêté du Gouvernement du 12 décembre 1997 relatif à l'organisation et au subventionnement des centres de jour pour personnes handicapées;

7^o court séjour : une possibilité offerte, par l'Office, de décharger la famille ou d'autres personnes s'occupant de personnes handicapées;

8^o internat : un établissement agréé comme tel par l'Office;

9^o come back : projet pour des personnes ayant une déficience neurologique, dont les homes pour personnes handicapées d'Eupen sont le pouvoir organisateur;

10^o logement d'apprentissage à l'autonomie et initiative de logement : service proposé par l'Office en matière de logement;

11^o stage de formation : un stage agréé en application de l'arrêté du Gouvernement du 28 novembre 1995 relatif aux stages de réadaptation professionnelle pour handicapés;

12^o maison de repos et de soins : les établissements définis à l'article 2, § 1^{er}, 1^o, du décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées et aux maisons de soins psychiatriques;

13^o enfant : une personne mineure au sens du Code civil.

Art. 2. § 1^{er} - La participation personnelle de la personne qui recourt aux prestations proposées par l'Office par le biais des établissements, services ou aides agréés est calculée conformément aux dispositions du présent arrêté. Avant de recourir à une prestation, l'intéressé signe un contrat qui fixe la participation personnelle conformément au présent arrêté.

La règle prévue au § 2 est d'abord appliquée lorsque des tiers ont une obligation de paiement pour le handicap.

§ 2 - Lorsque des tiers ont une obligation de paiement pour le handicap, tous les frais réels de la prestation, calculés par l'Office, sont à charge de la personne encadrée. Les allocations et avantages octroyés par les pouvoirs publics ainsi que les paiements pour un dédommagement moral ne sont pas pris en considération.

Cette règle est limitée au montant total des paiements dus, après déduction des montants utilisés pour les frais admissibles et prouvés, encourus pour le handicap découlant du dommage.

Si les montants dus ont été liquidés avant le début des prestations ou le sont avant la fin de celles-ci, les frais réels calculés conformément à la présente règle sont directement facturés à la personne encadrée. En cas de liquidation ultérieure, la régularisation s'effectue avec effet au début du recours aux prestations. Dans ce cas, l'Office peut recouvrer - par tous les moyens à sa disposition - les montants qui lui sont dus.

§ 3 - Pour le recouvrement des montants dus, l'Office peut s'adresser directement à la personne concernée.

§ 4 - Le montant de la participation personnelle visée aux §§ 1^{er} et 2, payé à l'établissement ou au service, est déduit du subside accordé par l'Office au prestataire.

Art. 3. Pour l'aide précoce, la participation personnelle représente un forfait total de 20,00 € pour une mise au point pendant six séances au plus; elle est de 2,00 € par séance supplémentaire de soutien, guidance et/ou conseil.

Art. 4. § 1^{er} - Pour un séjour dans un home ou dans une ressource en logements simple, étendue ou externe, pour un court séjour ou pour un séjour en internat, la participation personnelle d'un enfant ou d'un jeune de moins de 21 ans représente deux tiers des allocations familiales normales accordées pour cette personne plus le supplément d'âge et le supplément de handicap. Pour le calcul des allocations familiales normales, il n'est tenu compte ni du pécule familial de vacances ni de l'allocation de rentrée scolaire.

§ 2 - Sans préjudice de l'application de l'article 2, § 2, alinéa 1^{er}, la participation personnelle fixée au § 1^{er} ne peut être, pour un orphelin, un enfant d'invalidité ou de chômeur, supérieure à celle d'un enfant n'appartenant pas à ces catégories.

Art. 5. Pour l'accueil dans un centre de jour et pour le service "come back", la participation personnelle d'une personne de moins de 21 ans est de 4,91 € par jour de présence.

A partir de 21 ans, la participation personnelle est de 11,45 €. Une partie de ce montant, à savoir 1,64 ou 2,62 €, représente respectivement le repas de midi et le transport. Lorsque ces frais sont supportés par les propres deniers, ce que doit permettre le projet individuel d'encadrement, leur montant est déduit de la participation personnelle.

La participation personnelle n'est pas due lorsqu'une personne est orientée d'un centre de jour vers un stage de formation. Dans la mesure où des services du centre de jour sont toutefois encore utilisés, seuls les montants prévus à cette fin peuvent être exigés comme participation personnelle.

Art. 6. § 1^{er} - Pour un séjour dans un home et/ou un court séjour, la participation personnelle d'un utilisateur est de 37,76 € par jour de présence entre 21 et 60 ans accomplis et de 47,92 € à partir du 61^e anniversaire.

§ 2 - Pour un séjour dans un home ou dans une ressource en logements simple ou étendue, et/ou pour un court séjour, la participation personnelle d'un utilisateur âgé de 21 ans au moins est de 30,75 €.

§ 3 - La participation personnelle fixée aux §§ 1^{er} et 2 comprend une part représentant respectivement l'habillement (1,96 €), l'hygiène et le service coiffure (0,33 €), et les loisirs individuels (0,98 €). Lorsque ces frais sont supportés par les propres deniers, ce que doit permettre le projet individuel d'encadrement, leur montant est déduit de la participation personnelle fixée aux §§ 1^{er} et 2.

§ 4 - Pour l'encadrement par une ressource en logements externe, les participations personnelles suivantes sont, selon l'encadrement souhaité, exigées pour les utilisateurs âgés de 21 ans au moins :

- 1° forfait matinée (morningpack) : 1,65 €
- 2° forfait après-midi (afternoonpack) : 1,65 €
- 3° forfait après-midi "special" (afternoon special pack) : 2,75 €
- 4° forfait journée complète (full day pack) : 4,41 €
- 5° forfait 24 heures sur 24 (around the clock pack) : 5,52 €.

§ 5 - A partir de 21 ans, la personne handicapée doit pouvoir disposer librement d'un montant minimal de 176,76 € par mois au titre d'argent de poche. Ce montant est, le cas échéant, augmenté des parts visées au § 3.

Pour une personne handicapée de moins de 21 ans, un tiers des allocations familiales mentionnées à l'article 4 constitue son argent de poche.

Art. 7. Pour un logement d'apprentissage à l'autonomie ou une initiative de logement, la participation personnelle est d'au moins 225,00 € par mois. Elle est fixée individuellement dans un contrat conclu entre le participant et l'Office et tient compte des frais réels.

Art. 8. Lorsqu'une personne vivant dans un home ou en court séjour fréquente parallèlement un centre de jour, la participation personnelle calculée conformément à l'article 6 doit être payée au home ou au court séjour. Celui-ci acquittera au centre de jour un montant de 4,58 € par jour de présence.

Art. 9. Lorsqu'une personne vivant dans une ressource en logements ou dans une maison de repos et de soins fréquente parallèlement un centre de jour, la participation personnelle visée à l'article 5, à payer au centre de jour, n'est pas due.

Art. 10. Lorsque les prestations mentionnées aux articles 5, 6, §§ 1^{er}, 2, 3, 5 et 8, sont sollicitées plus de 5 heures, la participation personnelle mentionnée dans ces articles est due complètement. Si elles ne le sont qu'à raison de 5 heures au plus et comprennent un repas, la participation personnelle est réduite de moitié.

Art. 11. Tous les montants mentionnés dans le présent arrêté sont indexés en application de la loi du 1^{er} mars 1977 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation du Royaume de certaines dépenses dans le secteur public.

L'indice-pivot se base sur l'indice-santé (base 2004 = 100).

Les montants cités dans le présent arrêté correspondent à la valeur de l'indice-pivot au 1^{er} octobre 2008, à savoir 110,51.

Art. 12. L'arrêté du Gouvernement du 21 février 1996 fixant la participation personnelle dans les établissements et services de la Communauté germanophone pour handicapés, modifié par les arrêtés des 5 juin 1998, 10 octobre 2002, 28 mars 2003 et 23 décembre 2004, est abrogé.

Art. 13. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2010.

Art. 14. Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales est chargé de l'exécution du présent arrêté. Eupen, le 17 décembre 2009.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales,
H. MOLLERS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2010 — 1365

[2010/201928]

17 DECEMBER 2009. — Besluit van de Regering tot vastlegging van de persoonlijke participatie in de inrichtingen en diensten van de Duitstalige Gemeenschap voor gehandicapten

De regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van de Duitstalige Gemeenschap van 19 juni 1990 houdende oprichting van een "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung" (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap), inzonderheid op artikel 32, gewijzigd bij het decreet van 4 februari 2003;

Gelet op het besluit van de Regering van 21 februari 1996 tot vastlegging van de persoonlijke participatie in de inrichtingen en diensten van de Duitstalige Gemeenschap voor gehandicapten, gewijzigd bij de besluiten van 5 juni 1998, 10 oktober 2002, 28 maart 2003 en 23 december 2004;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 16 december 2009;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 14 december 2009;

Gelet op het advies uitgebracht op 27 november 2009 door de Raad van Beheer van de Dienst voor de personen met een handicap;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, vervangen door de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid erdoor wordt gerechtvaardigd dat het noodzakelijk is alle bedragen van de persoonlijke participaties aan te passen daar de dotatie van de Dienst vanaf 2010 verminderd wordt;

Overwegende dat de inwerkingtreding van voorliggend besluit geen uitstel lijdt, daar het besluit van 21 februari 1996 al meermaals aangepast werd, de bedragen vanaf 1 februari 2002 in euro moeten worden uitgedrukt, de basis van de gezondheidsindex in 2004 op 100 werd gebracht en voorliggend besluit vanaf 1 januari 2010 een wettelijke basis voor de subsidiëring aanbiedt;

Op de voordracht van de Minister bevoegd inzake Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. Voor de toepassing van voorliggend besluit verstaat men onder :

1° decreet : het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung";

2° Dienst : de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap, ingericht door het decreet;

3° vroegtijdige hulp : de dienstprestaties die met toepassing van artikel 4, § 1, 4°, van het decreet door een dienst verstrekt worden die door de Dienst erkend is;

4° tehuis : de inrichtingen erkend met toepassing van het koninklijk besluit van 23 december 1970 tot vaststelling van de voorwaarden voor de erkenning van de inrichtingen, tehuizen en diensten voor plaatsing in gezinnen ten behoeve van gehandicapten;

5° woonresource : de natuurlijke persoon erkend met toepassing van het besluit van de Regering van 13 juli 2006 betreffende de opname van gehandicapten in woonresources;

6° dagcentrum : de inrichting erkend met toepassing van het besluit van de Regering van 12 december 1997 betreffende de organisatie en de subsidiëring van de dagcentra voor minder-validen;

7° kort verblijf : een door de Dienst aangeboden "ontlasting" voor het gezin of andere verzorgers van gehandicapten;

8° internaat : een door de Dienst als zodanig erkende inrichting;

9° come back : project voor personen met neurologische aandoeningen dat de tehuizen voor gehandicapten in Eupen als inrichtende macht heeft;

10° trainingshuis en wooncentrum : dienstprestatie op het vlak van de huisvesting, aangeboden door de Dienst voor personen met een handicap;

11° opleidingsstage : een stage die, met toepassing van het besluit van de Regering van 28 november 1995 betreffende de stages tot beroepsreadaptatie van gehandicapten, door de Dienst is goedgekeurd;

12° rust- en verzorgingstehuis : de inrichtingen gedefinieerd in artikel 2, § 1, 1° van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en de psychiatrische verzorgingstehuizen;

13° kind : een minderjarige in de zin van het burgerlijk wetboek.

Art. 2. § 1^{er} - De persoonlijke participatie van de personen die door bemiddeling van erkende inrichtingen, diensten of hulpverleningen een beroep doen op de dienstprestaties aangeboden door de Dienst, wordt berekend overeenkomstig de bepalingen van dit besluit. Voordat de betrokken persoon een beroep doet op een dienstprestatie, ondertekent ze een verdrag dat de persoonlijke participatie overeenkomstig dit besluit vastlegt.

Als derden een betalingsplicht voor de handicap hebben, wordt ten eerste de regeling bepaald in § 2 toegepast.

§ 2 - Als derden een betalingsplicht voor de handicap hebben, vallen alle werkelijke kosten van de dienstprestatie, berekend door de Dienst, ten laste van de begeleide persoon. De toelagen en voordelen toegekend door openbare diensten alsmede de bedragen voor morele schadeloosstelling worden niet in aanmerking genomen.

Deze regeling is beperkt tot het totaalbedrag van de verschuldigde bedragen, na aftrek van de bedragen gebruikt voor aanneembare en bewezen kosten die aangegaan werden voor de uit de schade voortvloeiende handicap.

Als de verschuldigde bedragen vóór het begin resp. vóór het einde van de dienstprestaties betaald werden resp. worden, worden de krachtens deze regeling berekende werkelijke kosten de begeleide persoon onmiddellijk in rekening gesteld. Worden ze later uitbetaald, dan vindt een regularisatie plaats, met terugwerkende kracht op het begin van het beroep op de dienstprestaties. In dit geval kan de Dienst alle hem verschuldigde bedragen invorderen, en dit met alle middelen die hij te zijner beschikking heeft.

§ 3 - Voor de invordering van verschuldigde bedragen kan zich de Dienst rechtstreeks tot de betrokken persoon wenden.

§ 4 - De toelage die door de Dienst aan de dienstverstrekker wordt toegekend, wordt verminderd met het bedrag van de in de §§ 1 en 2 bedoelde persoonlijke participatie dat aan de inrichting of dienst moet worden uitbetaald.

Art. 3. Voor de dienstprestaties in het kader van de vroegtijdige hulp bedraagt de persoonlijke participatie een forfait van 20,00 EUR voor een verduidelijking tijdens maximaal 6 zittingen; zij belooft 2,00 EUR per bijkomende zitting voor steun, begeleiding en/of raadgeving.

Art. 4. § 1 - Voor het verblijf in een tehuis of in een eenvoudige, uitgebreide of externe woonresource, voor een kort verblijf of voor een verblijf in een internaat bedraagt de persoonlijke participatie van een kind of van een jongere onder 21 jaar twee derden van de gewone kinderbijslag toegekend voor die persoon plus de leeftijds- en de handicapbijslag. Voor de berekening van de gewone kinderbijslag worden noch het gezinsvakantiegeld noch de schoolbijslag in aanmerking genomen.

§ 2 - Voor een weeskind, een kind van een invalide of van een werkloze mag de in § 1 bepaalde persoonlijke participatie niet hoger liggen dan die van een kind dat niet tot die categorieën behoort, onverminderd de toepassing van artikel 2, § 2, lid 1.

Art. 5. Voor de begeleiding in een dagcentrum en voor de dienstprestatie "come back" bedraagt de persoonlijke participatie van een persoon onder 21 jaar 4,91 EUR per dag aanwezigheid.

Vanaf 21 jaar bedraagt de persoonlijke participatie 11,45 EUR. Een deel van dit bedrag, t.w. 1,64 EUR resp. 2,62 EUR, dekt het middageten resp. het vervoer. Wanneer die kosten met eigen geldmiddelen worden betaald, wat het individuele begeleidingsproject moet toelaten, wordt de persoonlijke participatie met het betrokken bedrag verminderd.

De persoonlijke participatie is niet verschuldigd wanneer een persoon van een dagcentrum naar een opleidingsstage wordt georiënteerd. Wordt er echter een beroep gedaan op diensten van het dagcentrum, dan kunnen slechts de te dien einde bepaalde bedragen als persoonlijke participatie vereist worden.

Art. 6. § 1 - Voor het verblijf in een tehuis en/of voor een kort verblijf bedraagt de persoonlijke participatie 37,76 EUR per dag aanwezigheid, vanaf 21 jaar tot de volle leeftijd van 60 jaar, en 47,92 EUR vanaf de 61e verjaardag.

§ 2 - Voor het verblijf in een eenvoudige of uitgebreide woonresource en/of voor een kortverblijf bedraagt de persoonlijke participatie 30,75 EUR vanaf 21 jaar.

§ 3 - Een deel van de in de §§ 1 en 2 bepaalde persoonlijke participatie, t.w. 1,96 EUR, 0,33 EUR resp. 0,98 EUR dekt het kleden, de hygiëne en de kapperdienst, resp. de individuele vrijetijdsbesteding. Wanneer die kosten met eigen geldmiddelen worden betaald, wat het individuele begeleidingsproject moet toelaten, wordt de in de §§ 1 en 2 bepaalde persoonlijke participatie met het betrokken bedrag verminderd.

§ 4 - Voor de begeleiding door een externe woonresource worden de volgende persoonlijke participaties, naargelang van de gewenste begeleiding, van de gebruikers vereist die ten minste 21 jaar oud zijn :

1° forfait voormiddag (morningpack) : 1,65 EUR

2° forfait namiddag (afternoonpack) : 1,65 EUR

3° forfait "bijzonder" namiddag (afternoon special pack) : 2,75 EUR

4° forfait volledige dag (full day pack) : 4,41 EUR

5° forfait 24 uur per dag (around the clock pack) : 5,52 EUR.

§ 5 - Vanaf 21 jaar moet de gehandicapte een minimumbedrag van 176,76 EUR per maand als zakgeld ter beschikking hebben. Dit bedrag wordt desgevallend met de in § 3 bedoelde deelbedragen verhoogd.

Voor de gehandicapten onder 21 jaar geldt één derde van de in artikel 4 vermelde kinderbijslag als zakgeld.

Art. 7. Voor een trainingshuis of wooncentrum bedraagt de persoonlijke participatie ten minste 225,00 EUR per maand. Zij wordt individueel in een tussen de deelnemer en de Dienst afgesloten verdrag vastgelegd en houdt rekening met de werkelijke kosten.

Art. 8. Indien een in een tehuis of in kort verblijf opgenomen persoon tegelijk een dagcentrum bezoekt, dan moet de overeenkomstig artikel 6 berekende persoonlijke participatie aan het tehuis of kort verblijf betaald worden. Het tehuis of kort verblijf stort dan 4,58 EUR aan het dagcentrum per dag aanwezigheid.

Art. 9. Indien een in een woonresource of een rust- en verzorgingstehuis opgenomen gehandicapte tegelijk een dagcentrum bezoekt, dan is de in artikel 5 bedoelde, aan het dagcentrum te betalen persoonlijke participatie niet verschuldigd.

Art. 10. Indien meer dan 5 uren per dag een beroep wordt gedaan op de prestaties bedoeld in de artikelen 5, 6, §§ 1, 2, 3, 5, en 8, dan is de in deze artikelen bedoelde persoonlijke participatie volledig verschuldigd. Wordt er ten hoogste 5 uren per dag een beroep op deze prestaties gedaan en wordt er een maaltijd genomen, dan wordt de persoonlijke participatie gehalveerd.

Art. 11. Alle bedragen vermeld in dit besluit worden geïndexeerd met toepassing van de wet van 1 maart 1977 houdende inrichting van een stelsel waarbij sommige uitgaven in de overheidssector aan het indexcijfer van de consumptieprijzen van het Rijk worden gekoppeld.

Het spilindexcijfer baseert zich op de gezondheidsindex met basis 2004 = 100.

De in dit besluit vermelde bedragen stemmen overeen met de waarde van het spilindexcijfer op 1 oktober 2008, t.w. 110,51.

Art. 12. Het besluit van de Regering van 21 februari 1996 tot vastlegging van de persoonlijke participatie in de inrichtingen en diensten van de Duitstalige Gemeenschap voor gehandicapten, gewijzigd bij de besluiten van 5 juni 1998, 10 oktober 2002, 28 maart 2003 en 23 december 2004 is opgeheven.

Art. 13. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2010.

Art. 14. De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 17 december 2009.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
H. MOLLERS